

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

26.11.1904 (No. 392)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 26. November.

№ 392.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: wöchentlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückung, 10 Zeilen: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Anzeigen, Druckkosten und Korrespondenzen jeder Art, sowie Reklamen und Anzeigen werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

Dezember

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. November d. J. gnädigst geruht, dem Direktor des Gymnasiums in Lahr, Franz Kränkel, den Charakter als Geheimer Hofrat zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 18. November d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Professor Wilhelm Gehl am Gymnasium in Lahr das Ritterkreuz erster Klasse des höchsten Ordens vom Fahnenkreuz zu verleihen.

Die Großh. Zolldirektion hat unterm 18. November d. J. den Hauptamtassistenten Albert Henninger in Basel nach Schaffhausen versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Seewehr.

Die chauvinistische Presse Englands bringt mit wirtlich rührender Regelmäßigkeit Berichte über das Wachstum der deutschen Marine, die ebenso regelmäßig in der Behauptung gipfeln, daß die deutsche Seewehr die Aufrechterhaltung des Friedens ernstlich gefährde und vor allem eine ständige Bedrohung der Sicherheit Englands darstelle. Und wie die (von uns in Nr. 377 der „Karlsruh. Ztg.“ eingehend gewürdigte) Besprechung des jüngsten Nachwerkes der „Army and Navy Gazette“ durch den Vorwärts gezeigt hat, finden derartige Unterstellungen in Deutschland nicht nur willige Befürwortung, sondern der „Vorwärts“ ist auch darin mit dem englischen Organ einer Meinung, daß einer weiteren Vermehrung der deutschen Flotte Einhalt geboten werden müsse.

Es hieße den in- und ausländischen Gegnern des Deutschen Reichs zu viel Ehre antun, wollte man diese Forderung einer ernsthaften Kritik unterziehen. Nur sei den englischen Chauvinisten die Frage vorgelegt, warum sie ihre „Warnungen und Mahnungen“ ausschließlich gegen Deutschland richten und, so oft von einer Gefährdung der britischen See- und Handelsinteressen die Rede ist, allein an Deutschland denken. Berechtigter zu solchen Befürchtungen, wenn sie überhaupt begründet sind, erscheint ein Blick auf die Entwicklung der Kriegsmarine in den Vereinigten Staaten. Erheblich später als das Deutsche Reich hat die nordamerikanische Republik begonnen, durch den Erwerb kolonialer Territorien über die Grenzen des Staatsgebietes hinauszugehen und sich eine maritime Wehrmacht zu schaffen. Noch um die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war das amerikanische Flottenbudget mit rund 60 Millionen Mark ausgestattet. Was aber ist hier in der kurzen Zeit von 20 Jahren geschehen? Im Gleichschritt mit dem Wachstum des Imperialismus, der die Monroe-Doktrin wohl auf dem amerikanischen Kontinent, nicht aber für die internationalen Beziehungen der Union verbindlich erachtet, sind auch die Ausgaben für die Seewehr vorwärts gegangen. Als im Jahre 1900 der Marineetat eine Ausgabe von 260 Millionen Mark forderte, mochte man glauben, daß den maritimen Bestrebungen der Vereinigten Staaten zu einem guten Teile genügt sei und daß nun ein zeitweiliger Stillstand eintreten werde. Aber in immer noch schnellerem Tempo stiegen die Ausgaben. Satten die zehn Jahre seit 1890 eine Verdreifachung der Ausgaben für die Flotte gebracht, so hat sich in den letzten fünf Jahren das Marinebudget nahezu verdoppelt. In den Jahren 1901—1903 schwankten die Ausgaben zwischen 320 und 340 Millionen Mark, stiegen für 1904 auf 410 Millionen Mark und sind für das kommende Jahr auf nahezu 480 Millionen Mark angesetzt.

Diese enorme Steigerung der Ausgaben für Flottenzwecke redet eine so deutliche Sprache, daß sie auch in England gehört werden sollte. Und auch jenseits des Kanals wird es nicht unbekannt geblieben sein, daß in diesen Tagen der amerikanische Marinesekretär Morton den

Präsidenten Roosevelt als einen Mann bezeichnete, der seine feste Zuversicht darauf setzt, die beste und stärkste Marine der Welt zu haben. Und die bedeutende Erhöhung der Flottenausgaben, kaum daß Roosevelts Neuwahl erfolgt war, zeigt, daß dieser Ausspruch nur zu sehr berechtigt war und daß in den Vereinigten Staaten der Besitz einer der englischen ebenbürtigen Marine eine nationale Forderung geworden ist.

Die englische Presse, die ihre Angriffe gegen die deutsche Regierung richtet, verkennt also die Sachlage völlig und verschweigt absichtlich den wahren Tatbestand. Freilich hat sie auch in Fragen des wirtschaftlichen Wettbewerbs von jeher den gleichen Standpunkt eingenommen: immer war Deutschland, nicht aber „das Brudervolk“ jenseits des Atlantik der gefährlichste Widersacher und Rivale Englands. Alles das wird aber das Deutsche Reich nicht abhalten, auch zur See gute Wehr und Waffen zu schaffen und zu erhalten, und es glaubt damit nicht nur dem eigenen Interesse, sondern auch der Aufrechterhaltung des Friedens zu dienen.

Die Lebenslänglichkeit des Ortsvorsteheramts.

Stuttgart, 24. November.

Die Abgeordnetenkammer hatte eine zweitägige Debatte über die mit der Abschaffung der Lebenslänglichkeit des Ortsvorsteheramts zusammenhängenden Fragen; dabei erlebte man wunderliche Dinge. Der Berichterstatter erklärte zu Beginn der Verhandlung: die Lebenslänglichkeit ist abgetan, die alte Streitfrage ist entschieden, man braucht kein Wort mehr darüber zu verlieren. Da erhebt sich ein Mitglied der Prälatenbank, tritt freimütig und eindringlich für die „überlebte“ Einrichtung ein und sofort hat er das Ohr des ganzen Hauses. Im weiteren Verlaufe der Debatte findet er zwar nur noch einen Mitstreiter, von der Rittersbank, der sich gleichfalls offen für die Beibehaltung der Lebenslänglichkeit erklärt, aber durch eine ganze Reihe anderer Reden klingt deutlich das Bedauern, daß diese Einrichtung verschwinden soll, und auf der Gegenseite fühlt man das Bedürfnis, die Kampfgründe gegen die Lebenslänglichkeit hervorzuheben oder drohend auf die „Popularität“ dieser Forderung, auf den „Willen des Volkes“ hinzuweisen. Ein sozialdemokratischer Redner beschwört den Schatten des Segelmaierschen Regiments in Heilbronn als abschreckendes Exempel, aber Herr Segelmaier erhebt sich als Verteidiger, die auf das unbestreitbare Aufblühen Heilbronn unter seiner Verwaltung hinweisen. Kurz, aus dem ganzen Gang der Debatte hebt sich der Eindruck ab, daß, soweit nicht etwa das Zustandekommen des ganzen Gesetzgebungswerks in Frage steht, das Schicksal der Lebenslänglichkeit zwar besiegelt ist; innerlich ausgetragen aber ist die Frage noch nicht, und wenn die „Popularität“ nicht wäre, wer weiß, wie es vielleicht auch mit der Abstimmung ginge. Daß man den Herren Volksvertretern nicht zu nahe tritt, wenn man das ausspricht, dafür hat der volksparteiliche Abgeordnete Riesching zum voraus einen Freibrief ausgestellt; denn er hat es mit einem gewissen verständnisvollen Behagen als eine ganz bekannte Sache behandelt, daß die Parlamente unpopuläre Beschlüsse nicht gerne fassen, wenn der Wahltermin nahe ist, dagegen sehr wohl mit sich sprechen lassen, wenn die Wahl wieder vorüber ist.

Die Sache wurde übrigens noch deutlicher bei der Frage der Rückwirkung. Wer die Beseitigung der Lebenslänglichkeit für eine Notwendigkeit hält, der muß vor allem dafür eintreten, daß diese Aenderung der Gesetzgebung auf die bereits im Amt befindlichen Ortsvorsteher Anwendung finde. Denn womit will er jene Notwendigkeit beweisen, wenn nicht mit den Erfahrungen, die man in der Gegenwart macht? Muß es nicht als Widerfenn erscheinen, wenn man die Lebenslänglichkeit für ein Uebel erklärt, gleichzeitig aber sich entschließt, dieses Uebel in den meisten Gemeinden noch ein Menschenalter lang fortzudauern zu lassen? Auf Grund dieser zwingenden Logik hatte der Regierungsentwurf von 1897 die Rückwirkung der (neu einzuführenden) periodischen Wahl auf sämtliche im Amt befindlichen Ortsvorsteher ausgesprochen, unter voller Entschädigung derjenigen, die nicht wieder gewählt werden sollten. Damit war die Regierung aber bei der Kammer schlecht angekommen; es gab einen großen Sturm wegen des angeblichen Eingriffs in „wohlerworbene Rechte“, und die Regierung mußte nachgeben. Diefem Zwang der parlamentarischen Lage ent-

sprechend, der als feststehend angesehen werden mußte, hat der neue Entwurf die Rückwirkung ausgeschlossen. Nun aber sind auf einmal die parlamentarischen Ansichten zu einem guten Teil umgewechselt. Eine Gruppe der Deutschen Partei ist jetzt für die Rückwirkung, selbst das Zentrum, das den Feldzug für die „wohlerworbenen Rechte“ im Jahre 1898 in erster Linie geführt hat, will durch ein Vorwirkenlassen des jetzt zu beschließenden Gesetzes dem Gedanken der Rückwirkung Konzessionen machen; die Volkspartei hat seinerzeit es durch eine Landesversammlung für eine „Fälschung des Volkswillens“ erklären lassen, wenn man die Rückwirkung mit voller Gehaltsentschädigung „erkaufe“, heute bringt sie Anträge ein, die diese „Fälschung“ freilich selbst vollziehen. So muß nun die Regierung, die ihrer Ueberzeugung nach heute noch auf dem Boden ihres Entwurfs von 1897 steht, den Ausschluß der Rückwirkung zum Teil gerade gegen diejenigen verteidigen, die ihr denselben im Jahre 1898 aufgedrängt haben, und auf die Nachteile der „Entschädigung“ für die Gemeinden aufmerksam machen, gegenüber denjenigen, die ihr damals durch Verweigerung der „Entschädigung“, ihren Standpunkt erschwerten haben! Das Bild wäre nicht vollständig ohne die Erwähnung eines „Briefes“, den der Berichterstatter Kaufmann vorlas. Darnach ist eine Gemeinde zweifelhaft, ob sie einen jungen oder einen alten Bewerber zum Ortsvorsteher wählen soll. Würde der zu Wählende nicht schon unter die Wirkung des neuen Gesetzes fallen, so würde sie, obwohl sie zu dem „jungen“ mehr „Fiduz“ hat, den „alten“ wählen, weil er „bald abstirbt“. Es ist klar, daß mit einer Gesinnung, wie sie sich in diesem Briefe ausspricht, das Gemeinwohl geradezu herabgewürdigt wird.

(Telegramm.)

Stuttgart, 25. Nov. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde bei Beratung der Gemeindeordnung nach Ablehnung verschiedener Anträge zu Artikel 40 Abs. 1 („Wahl des Ortsvorstehers“) folgender Kommissionsantrag angenommen: Der Ortsvorsteher wird von den wahlberechtigten Gemeinbürgern auf einen Zeitraum von zehn Jahren gewählt. Die Amtszeit der nach dem 1. Januar 1906 gewählten, zurzeit des Inkrafttretens dieses Artikels im Amte befindlichen Ortsvorsteher endet mit dem Ablauf von zehn Jahren. Die lebenslängliche Amtsdauer der bisher gewählten Ortsvorsteher bleibt unberührt, es sei denn, daß sich dieselben freiwillig einer Neuwahl unterziehen, in welchem Fall auch die Vorschriften des Artikels 200 gelten. Im weiteren Verlaufe wurde ein Antrag, durch den das Bestätigungsrecht der Regierung bei der Wahl eines Ortsvorstehers nach Ablauf der zehnjährigen Wahlperiode sehr wesentlich eingeschränkt wird, mit 65 gegen 16 Stimmen angenommen, obwohl der Minister des Innern namens des gesamten Staatsministeriums die Erklärung abgegeben hatte, daß die Regierung auf die Wahrung des Bestätigungsrechtes auch bei der Wiederwahl den größten Wert lege und daß, wenn dieses Recht ihr entzogen würde, der ganze Entwurf gefährdet sei.

Das neue Militärpensionsgesetz.

(Telegramm.)

Berlin, 24. Nov. Der Entwurf eines Militärpensionsgesetzes, der vom Bundesrat am 17. November angenommen worden ist, betrifft die Pensionierung von Offizieren und Sanitätsoffizieren des Reichsheeres, der Marine und der Schutztruppen. Die Pension beträgt bei vollendeter 10jähriger oder kürzerer Dienstzeit jährlich $\frac{1}{100}$ und steigt nach vollendeten 10 Dienstjahren mit jedem Dienstjahr um $\frac{1}{100}$ bis auf $\frac{4}{100}$ des zuletzt bezogenen pensionsfähigen Dienstverdienstes. Scheidet ein Offizier nach vollendeter 10jähriger Dienstzeit wegen Dienstunfähigkeit ohne Pensionsberechtigung aus, so kann ihm bei vorhandener Bedürftigkeit für die Dauer und nach dem Grad derselben Pension bis zum Betrag von $\frac{2}{100}$ des zuletzt bezogenen pensionsfähigen Dienstverdienstes gewährt werden. Die Pension derjenigen Offiziere, welche in den im Militär- oder Marineetat für pensionierte Offiziere vorgesehenen Stellen Verwendung finden, steigt bei einer Gesamtdienstzeit von mindestens 10 Jahren mit jedem weiteren Dienstjahr um $\frac{1}{100}$ bis auf $\frac{4}{100}$ des der Pensionsberechnung zugrunde liegenden Dienstverdienstes. In gleicher Weise erhöht sich die Pension für die aus Veranlassung einer Mobilmachung zum aktiven Militärdienst oder zum Dienst in der Militär- und Marineverwaltung wieder herangezogenen pensionierten Offiziere. Das die Verwendung mindestens 60 Tage gedauert, so tritt eine Erhöhung der Pension um $\frac{1}{100}$ des der Pensionsberechnung zugrunde liegenden Dienstverdienstes ein, auch wenn durch die Zeit der Verwendung ein weiteres Dienstjahr nicht vollendet

ist. Weitere Bestimmungen betreffen die pensionsfähigen Dienstleistungen nach den verschiedenen Standorten und Dienstklassen, Verrentungs- und Alterszulagen, Alterszulagen, Berechnung der Dienstzeit sowie der Erlöschung und der Ruhe des Rechtes auf den Bezug der Pensionsgehälter.

Aus dem österreichischen Reichsrat. (Telegramme.)

Wien, 24. Nov. Abgeordnetenhause. Abg. Wolf greift den Ministerpräsidenten auf das Heftigste wegen der das Deutschthum schädigenden Maßnahmen der Regierung an. Nach dem Abg. Wolf sprach noch der Abg. Penafili und Ministerpräsident Koerber. In einer Anfrage an den Präsidenten erhob sodann Abg. Graf Ralfy im Namen des feudalen Großgrundbesitzes, des Polenklubs, des Zentrums und der slavischen Parteien feierlich Einspruch gegen den Mißbrauch der Medefreiheit, mit dem die Dynastie empörender Weise in die Debatte gezogen wurde. Abg. Frhr. v. Ludwigsdorff beruht unter unaufhörlichem Lärm und Unterbrechungen seitens der Sozialdemokraten und Alldeutschen in schärfster Weise die die heiligsten Gefühle verletzenden, unerhörten Angriffe auf das Kaiserhaus. Der Präsident erklärt, niemand bedauere tiefer als er die in den letzten Tagen im Hause gefallenen Neuerungen. Er habe infolge der akustischen Verhältnisse des Hauses nicht sofort die geschäftsordnungsmäßige Zensur ausüben können. Tschuski sagt, die Sozialdemokraten griffen niemals den Träger der Krone an, würden sich aber nicht daran hindern lassen, die Wahrheit über die in Oesterreich herrschende Anarchie zu sagen. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Bill (Deutsche Sp.) und des Grafen Sternlag verlangt Bill unter andauerndem Lärm neuerdings das Wort. Der Präsident schließt jedoch die Sitzung. Die Aufregung dauert noch einige Zeit fort. Es ertönt ohrenbetäubender Lärm von der Galerie. Rufe werden vernommen: „Für Lueger, nieder mit den Schulverderbern, hoch die freie interprofessionelle Schule! Alle Augen sind auf die Galerie gerichtet, von der Flugblätter mit der Aufschrift: Nieder mit den skandalösen Schulverderbern! in den Saal geworfen werden. Unter fortwährendem Lärm leeren sich Galerie und Saal.

Wien, 25. Nov. Im Abgeordnetenhause führte Ministerpräsident Koerber u. a. aus: Besondere Schwierigkeiten für das österreichische Ministerium liegen darin, daß man nicht immer den Wünschen einer Partei Rechnung tragen kann, wenn es nicht den Empfindungen anderer zu nahe treten will. Bezüglich der Innsbrucker Angelegenheiten erklärt Koerber, die italienische Rechtsfakultät bestehe faktisch nicht mehr; der formellen Schließung stehen weder internationale, noch andere Bedenken entgegen. Bezüglich der tschechischen Volksvertreter hoffe er, daß sie die Obstruktion aufgeben. Deshalb habe er der Krone die Wiederernennung des böhmischen Landmannministers vorgeschlagen. Andererseits kann die Regierung nur versichern, daß sie keine deutschen Interessen preisgeben gedenke. Was sie getan, sei zu dem Zwecke geschehen, die Arbeitsfähigkeit des Reichsrats herzustellen. Die positive Arbeit werde die Parteien einander näher bringen. Es sei nötig, die wichtigsten Staatsnotwendigkeiten zu erledigen und den Parlamentarismus zu erhalten. Ich schließe daher abermals mit dem Rufe: „Meine Herren zur Arbeit.“ (Lebhafte Beifall.)

Wien, 25. Nov. Nach Entgegennahme des Berichts des derzeitigen Vorsitzenden des Verrechnungsausschusses über die mit den anderen Parteien und dem Ministerpräsidenten gepflogenen Verhandlungen empfiehlt der Vollzugsausschuß den deutschen Parteien, sich die weitere Stellungnahme gegenüber den politischen Ereignissen und den Maßnahmen der Regierung vorzubehalten. Angesichts der schwierigen Lage erachte der Vollzugsausschuß für die erste Pflicht aller Deutschen, an der Einigkeit unabänderlich festzuhalten.

Aus dem französischen Parlament. (Telegramme.)

Paris, 24. Nov. Deputiertenkammer. Ministerpräsident Combes erklärt auf eine Anfrage Vinders (Konf.) das Gerücht von der Demission des Finanzministers Rouvier für unbegründet. Hierauf werden zwei Interpellationen eingebracht, die das Rundschreiben des Ministerpräsidenten vom 18. November an die Präfekten betreffen wegen der Informationen, die sie über Beamte geben sollen. Alsdann wird die Beratung des Kultusbudgets begonnen.

Abg. Allard (Soz.) beantragt die Streichung des Budgets als Zeichen der Kriegserklärung an den Papst.

Abg. Roche (nat. Republ.) fragt, ob Combes die Vertrauensfrage stellen werde. Ministerpräsident Combes erwidert: Ich stehe der Streichung des Kultusbudgets durchaus nicht feindlich gegenüber, denn diese Maßregel bildet ja nur einen Teil meines Geschenkurfes über die Trennung von Staat und Kirche. Allein ich halte dafür, daß diese Frage besser bis zur Beratung meines Entwurfs aufgeschoben wird. Wenn jedoch die Kammer der Meinung ist, schon heute sei es Zeit, das Kultusbudget abzuschaffen, so werde ich den Senat nicht um die Wiederherstellung der gestrichenen Kredite bitten. Vielmehr werde ich Ihren Beschluß als einen Fingerzeig ansehen, daß Sie es auch mit der Trennung von Staat und Kirche besonders eilig haben. Ich werde alsdann aus meinem Entwurf die drei oder vier Artikel herausnehmen, die den Uebergang aus dem jetzigen zum künftigen Stand der Dinge regeln, und beide Häuser um die sofortige Annahme dieser Bestimmungen bitten. Der Rest des Entwurfs läßt dann später an die Reihe. So nun können die Nationalisten tun, wozu ihr Herz sie treibt.

In der Abstimmung wurden die Anträge Allard und Roche auf Streichung des Kultusbudgets mit 325 gegen 232 Stimmen verworfen.

Nach der Ablehnung mehrerer Amendements werden die letzten Kapitel des Kultusbudgets angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Erörterung des Kultusbudgets beantragte der Abg. Meunier einen Abstrich von 345 000 Frs. für die Gehälter der 7 Erzbischöfe und 18 Bischöfe, die nach dem Kontordat errichtet wurden. Der Antrag wurde aber mit 323 gegen 223 Stimmen abgelehnt, nachdem Combes bemerkt hatte, daß diese Bistümer im Einverständnis mit dem Vatikan errichtet worden seien, und man sie auf budgetärem Wege nicht ohne weiteres abschaffen könne. Ein Antrag des Abg. Gay-

raud, die Namen der Geistlichen, deren Gehälter gesperrt würden, mit Angabe der Gründe für diese Maßregel künftig im Staatsblatt zu veröffentlichen, wurde, nachdem der Ministerpräsident sich dazu erklärt hatte, mit 342 gegen 166 Stimmen abgelehnt. Morgen beginnt die Beratung des Budgets des Meunier.

Der russisch-japanische Krieg. (Telegramme.)

Die Fahrt des Baltischen Geschwaders.

Port Said, 24. Nov. Heute nachmittag tauschten die Admirale Fölkersjahm und der Kommandant des englischen Kreuzers „Furious“ Besuche aus. Die russischen Torpedobootszerstörer nehmen Kohlen von an neben ihnen liegenden Transportschiffen ein. Sie werden morgen in den Kanal einlaufen, eine Stunde nach ihnen die übrigen russischen Schiffe. Admiral Fölkersjahm dementiert die Meldung von groben Ausschreitungen in Kanca. Er erklärt, die einzige Ruhestörung sei dadurch entstanden, daß einige betrunkene Seeleute an Bord ihrer Schiffe gebracht werden mußten. Niemand sei getötet, verwundet oder desertiert.

Port Said, 25. Nov. Das Baltische Geschwader der flieg heute in den Kanal ein. Die Panzer wurden geschleppt. Alles verlief ruhig, ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Der russische Konsul begleitet das Geschwader durch den Kanal.

Port Said, 25. Nov. Drei Jachten passierten vor der Baltischen Flotte den Kanal. Die „Fiorentina“ führte die französische, „Esmerald“ und „Katharina“ die englische Flagge. Es ist völlig unbekannt, in welchem Auftrag die Jachten fahren. Man nimmt aber an, daß sie im Dienste der russischen Admiralität stehen, um die Risse im Golf von Suez und bei den Sueduaninseln vor dem Eintreffen der Baltischen Flotte abzufinden. Viele russische Offiziere speisten in Zivil am Land; die Befehlsführer vor japanischen Agenten ist vollständig geschwunden. Die Russen finden im Gegenteil die Maßnahmen der Japaneer sehr scharf und sprechen den Wunsch aus, daß den Handelsbooten gestattet werde, an die Kriegsschiffe heranzukommen.

Suez, 25. Nov. Vormittags 11 Uhr. Die englischen Kreuzer „Sernicone“ und „For“, sowie die Jachten „Esmerald“ und „Fiorentina“, welche die französische Flagge führten, sind jetzt vor der hiesigen Rede vor Anker gegangen. Russische Torpedobootszerstörer nähern sich S. m. l. d. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen anfert das gesamte Geschwader heute abend in den Vitterien. — Mittags. Soeben sind hier neue Instruktionen eingegangen, denen zufolge die russischen Torpedobootszerstörer, die geraden Wegs durch den Kanal kommen, um 2 Uhr nachmittags hier eintreffen, bis morgen hier bleiben, um die Ankunft der übrigen Schiffe des Geschwaders abzuwarten.

Kopenhagen, 24. Nov. Der russische Kreuzer „Jumrud“ wollte heute vormittag auf der Rede von Frederiksborg aus einem Kohlenstück Kohlen einnehmen; da ein solches Vorgehen gegen die Neutralitätsbestimmungen verstößt, wurde der Kreuzer von den dänischen Marinebehörden aufgefordert, die Anker zu lichten und die Kohleneinnahme außerhalb der Rede vorzunehmen.

Stagen, 25. Nov. Am Mittwoch sind vom russischen Ergänzungsgeschwader ein Torpedoboot und ein Hilfskreuzer, gestern die übrigen Schiffe in See gegangen.

Berlin, 25. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, gegenüber einer Meldung des Reutersbureaus aus Kiel vom 24. November, ist nach Erhebungen der zuständigen Behörden festzustellen, daß der russische Dampfer „Redefal“ den Kaiser Wilhelm-Kanal nicht passiert hat.

Vom Mandchurischen Kriegsschauplatz.

London, 25. Nov. Dem Reuterschen Bureau wird aus dem Hauptquartier der russischen Ostarmee gemeldet: In den letzten Tagen fanden Kognoszierungsgefechte statt. In dem Futilowhügel wurden die Japaner mit dem Bajonett zurückgeworfen. Das Gefecht war sehr heftig und dauerte nur 6 Minuten. Aufgefundenen japanische Gewehre sind von Geschossen geschnitten. Die Russen verloren 30 Mann.

Mukden, 25. Nov. Das Artilleriefeser hat während der letzten zwei Tage geschwiegen. Es herrscht die Meinung, daß wenn die Japaner nicht angreifen, Kuropatkin wieder die Offensive ergreifen werde.

Tokio, 25. Nov. Amtlich wird aus dem Hauptquartier der Mandchurischen Armee vom 23. gemeldet, daß um Mitternacht des 22. eine feindliche Infanterieabteilung von 600 Mann Hinlungtun angriff. Die japanischen Vorposten zogen sich nach mehrstündigem Widerstande auf das Hauptkorps zurück. Das Dorf wurde vom Feinde vollständig verbrannt. Am 23. machte der Feind in der Nähe der über den Schah führenden Eisenbahnbrücke und des Dorfes Paotzuyn einige überraschende Angriffe, wurde aber vollständig zurückgeschlagen.

London, 25. Nov. Dem Reuterschen Bureau wird aus dem Hauptquartier Kurokis gemeldet: Die Russen zeigen an der Front der Armee Oms einige Tätigkeit. Bei Tagesanbruch griff eine Abteilung die auf dem linken Flügel und im Zentrum stehenden Divisionen an. Während der Feind im Zentrum nach kurzem Kampfe zurückgeschlagen wurde, hatte der Angriff auf dem linken Flügel das Ergebnis, daß die Japaner nach heißem Ringen das Dorf Putuen nahmen. Die Russen ließen viele Tote zurück.

Die Belagerung Port Arthurs.

Tokio, 25. Nov. Ein amtliches Telegramm von der Armee vor Port Arthur von gestern besagt, daß ein durch japanische Geschütze hervorgerufener Brand in der Nähe des Arsenals vom 22.—23., 2 Uhr morgens gedauert und wahrscheinlich die Kohlenlager vernichtet hat.

Tokio, 24. Nov. Ein russischer Gefangener in Koji sagt aus, daß die Garnison von Port Arthur nur noch 8000 Mann stark sei. Viele hätten Augenkrankheiten; es fehlte an Winterkleidung.

Kiel, 25. Nov. Nach Mitteilung der russischen Admiralität an die hiesige Meeres- und Uferverwaltung werden die Verhandlungen in Sachen der „Thea“ vor dem Preisengericht in St. Petersburg am 3. Dezember n. St. beginnen.

Tschiu, 25. Nov. Der von den Japanern gestern weggenommene englische Dampfer, welcher 30 000 Büchsen Fleisch an Bord hatte, gehörte der Firma Butterfield. Kurz vor der Abfahrt des Dampfers aus Shanghai wurde das Schiff einem Manne übergeben, der, wie man annimmt, im Auftrage der russischen Regierung handelte.

Großherzogtum Baden.

Karlstraße, 25. November.

Nächste Postverbindungen nach Swatopmund. Für Pakete: Boermannsdampfer „Alexandra Boermann“, ab Hamburg am 30. November, 5 Uhr nachm., in Swatopmund etwa am 26. Dezember; Schluß in Hamburg am 30. November, 2 Uhr nachm.; letzte Beförderung ab Berlin, Leht, Bf., am 29. November, 11 Uhr 18 Min. abends; für Briefsendungen: Nachverhand über Antwerpen für den Reichspostdampfer „Derzog“, letzte Beförderungen am 30. November ab Berlin, Potsd. Bf., 12 Uhr 55 Min. mittags, ab Köln 10 Uhr 45 Min. abends.

(Drittes Abonnementskonzert.) An der Spitze der Vortragsordnung stand die liebliche G-dur-Sinfonie von Josef Haydn, die dreizehnte nach der Beethoven'schen und die fünfte Ausgabe. „Wo man auf einem Konzertgitarre eine Haydn'sche Sinfonie angeht, liegt“, sagt David Strauß, „da mag man getrost hingehen, man wird sich gewiß nicht enttäuscht finden, es müßte denn durch die Ausführung sein.“ Nun, mit der Wiebergabe seitens unseres Hoforchester hat es darum keine Not. Herr Kapellmeister Lorenz leitete die anmutige Lebensfrohe Musik in wohlthuend einfacher, natürlicher Auffassung, aber auch in einer außerordentlich feinen Ausarbeitung, welche die feinen musikalischen Details und Konturen in soniger Klarheit durchleuchtete. Hierauf sang Frau Katharina Fleischer-Edel von der Hamburger Oper die Arie der Gesämin „Und Suzanne kommt nicht?“ aus „Figaros Hochzeit“ von Mozart, außerdem später noch „Die junge Nonne“ von Schubert mit Orchesterbegleitung und die „Begrüßung der Halle“ aus „Tannhäuser“ von Wagner. Die Künstlerin, deren „Elijabeth“-Darstellung bei den diesjährigen Tannhäuseraufführungen in Bayreuth einen durchschlagenden Erfolg errungen, zeigte sich uns auch als vortreffliche Mozart-sängerin von feinem Geschmack und Stil. Das Organ, ein heller, schöner, von dem Gesangsmeister August Jffert (jetzt in Dresden) vorzüglich gebildeter Sopran, ist im piano von bedrückendem Klangreiz, bei Kraftausfaltung von satter Rundung, Fülle und Tragfähigkeit, ohne je aus den Grenzen edler Wohlklang herauszutreten. Der musikalische Vortrag ist geistig durchdringt und entwirrt eine wahrere, tiefen Empfindung. Ganz wunderbar gelang ihr „Die junge Nonne“ von Schubert, nicht minder auch die Arie der Elijabeth. Der stürmische Beifall wollte kein Ende nehmen, bis die Künstlerin zur Wiederholung der Arie sich bewegen ließ. Eine Orchesteruite in D-dur von Alfred Lorenz, deren Aufführung allseitig lebhaftes Interesse erweckte, ergab sich als Arbeit eines Meisters, von reich entwickelter, viel versprechender Begabung. Stimmung liegt vor allem in dem ansprechenden Werke, das unter dem Titel „Rändliche Szenen“ in vier Sätzen, „Sonntagsmorgen“, „Tanz“, „Abendstimmung“ und „Mitternacht“ sich einanderreicht. Ein kräftig individuelles Empfinden spricht aus dieser Musik, welche in der Entwicklung der Gedanken wie in der musikalischen Ausgestaltung absolute Selbstständigkeit bekundet. Von den ersten drei, schon vor einigen Jahren komponierten Sätzen, haben der erste und dritte besonders überrascht ob der Schönheit und Reife der musikalischen Illustration. Der zweite Satz gewinnt durch die glänzende Bewegung seiner reizvollen Mithymel. Ebenso tün in der Phantasie wie in der Zeichnung erhebt der in jüngerer Zeit nachkomponierte letzte Satz. Die von Humor überprädelnde Musik, unterstützt durch brillante Instrumentationseffekte, charakterisiert das Leben und Treiben eines Mitternachts, bei dem die üblichen Lebenswahrheiten und Belustigungen, Schiebuden, Menagerie, Meisthule, Aufschub, Drehorgel und Tanz nicht fehlen dürfen, mit einer Trefflichkeit und Feinheit der Realistik, welche in der Tat bewundernswert zu nennen ist. Das Hoforchester unter Leitung des Komponisten bot mit der Vorführung des ungemün schwierigen Werkes eine vorzügliche Leistung. Mit der schönvollsten Wiebergabe der sinfonischen Dichtung „Tafel“ von Liszt schloß das Konzert.

(Mitteilungen aus dem Stadtratsericht vom 23. Nov.) Der Oberarzt der medizinischen Abteilung des städtischen Krankenhauses, Bezirksassistent Dr. Battelner, wird seinem Ansuchen gemäß von der Leitung der medizinischen Abteilung des städtischen Krankenhauses entlassen. An seiner Stelle wird prakt. Arzt Dr. Adolf Friedrich Sach hier zum Oberarzt dieser Abteilung ernannt. — Die im Jahre 1892 herausgegebene amtliche Sammlung der Bekanntmachungen des Ortsgesundheitsrats soll unter Berücksichtigung der inzwischen erschienenen zahlreichen weiteren Warnungen neu aufgelegt werden. Wegen des Drucks der Neuaufgabe wird ein Abkommen mit der G. Braunschen Hofbuchdruckerei dahier getroffen. — Dem Verwaltungsrat der Kleinkinderbewahranstalt wird der große Festballsaal Dienstag den 20. Dezember d. J., nachmittags von 3 Uhr an, zur Abhaltung einer Weihnachtsfeier unentgeltlich abgegeben. — Von einer größeren Anzahl von Schaffnern und Wagenführern der städtischen Straßenbahn ist die Gründung eines Vereins unter dem Namen „Vereinigte Fahrer der städtischen Straßenbahn Karlstraße“ auf 1. Januar l. J. beabsichtigt. Der Verein bezweckt namentlich auch die Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Der Stadtrat erklärt sich bereit, dem neuen Verein gleichwie seinerzeit dem „Verein der Elektrizitätswerks- und Gasarbeiter“ einen Zuschuß aus der Stadtkasse zu bewilligen. — Dem „Verein der städtischen Elektrizitätswerks- und Gasarbeiter“ wird zur Veranstaltung einer Kinderbescherung ein Kostenaufschuß von 50 M. aus der Stadtkasse gewährt. — Den Schülern der Großherzoglichen Kunstgewerbeschule sollen hinsichtlich des Besuchs des städtischen Bierordtades die gleichen Vergünstigungen wie den Studierenden der Technischen Hochschule bewilligt werden.

(Der Grund- und Hausbesitzerverein) hat beantragt, daß bis zur Einführung der Schwemmkanalisation darüber die bisherige alte Wasserbezugsordnung, die gegenüber der vom Stadtrat beschlossenen, am 1. Januar 1905 in Kraft tretenden neuen Ordnung für den Hausbesitzer das kleinere Uebel bedeute, beibehalten werde. Der Stadtrat entgegnet hierauf, daß er die bisherige Wasserbezugsordnung

...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Karlsruher Schiffsahrtsgesellschaft. Mit der in Bildung...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht. Die Wahl der...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Fronleichnamprozession. Das Groß. Bezirksamt teilt...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Ein Marktplan für die Weststadt. Das Groß. Mini...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Der Vortrag des Herrn A. Kneuder im kleinen Fest...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Aus dem Polizeibericht. Gestern nachmittag ist im...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

S. Mannheim, 24. Nov. Der Brand, welcher vergangene...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Am Hohensee, 24. Nov. Die Laichzeit der Sand- oder...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Am Hohensee, 24. Nov. Die Laichzeit der Sand- oder...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Landwirtschaftliche Versammlungen und Besprechungen.
Landw. Bezirksvereine: Am 27. Nov. in Zell/Bl., Oberrisingen,
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Neuere Nachrichten und Telegramme.
Moskau, 24. Nov. Seine Majestät der Kaiser ist
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Kiel, 25. Nov. Der neue Panzerkreuzer „Prinz...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Berlin, 25. Nov. Im Geleitz bei Spilltopf sind ge...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Wien, 24. Nov. Die ausländischen Kohlenarbeiter...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Saag, 24. Nov. Zweite Kammer. Kollmann ver...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

St. Petersburg, 25. Nov. Der schwedisch-norwe...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Belgrad, 25. Nov. Hauptmann Milan Nicolitsch...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Konstantinopel, 25. Nov. Die Nachricht, daß die übrigen...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Buenos Aires, 25. Nov. Nach Meldungen aus Rosario...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Melbourne, 24. Nov. Im Senat des australischen Bundes...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Berlin, 25. Nov. Professor Robert Koch beabsichtigt...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Düsseldorf, 23. Nov. Die Stadtverordneten genehmigten...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Krefeld, 23. Nov. Wie in vielen anderen, der Kunst...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

München, 25. Nov. Prinz Friedrich von Hohenzollern...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

hat am 7. November begonnen. 42 Schüler nehmen an dem...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Zusatz, 25. Nov. Der Verkehr über den Brenner wird...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Athen, 25. Nov. Der griechische Dampfer „Elys“ ist...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

New-York, 25. Nov. Das Kantader-Deutscheschiff...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Literatur.

„Deutscher Ordens-Almanach“. Handbuch der Ordensritter...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

**Das 11. Heft des VIII. Jahrgangs der belamten Darm...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...**

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Samstag, 26. Nov. Abt. A. 19. Ab.-Vorst. „Der Bel...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hyd...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Wetternachrichten aus dem Süden
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom.	Therm.	Abf.	Rel.	Wind	Himmel
24. Nachts	990 U.	742.4	0.0	42	90	RG bedeckt
25. Morgs.	7 ³⁰ U.	743.0	-0.7	42	96	W
25. Mittags.	2 ³⁰ U.	744.1	+0.1	38	81	W

Höchste Temperatur am 24. November: +1.0; niedrigste in der...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Wasserstand des Rheins. Ragn, 25. November: 3.66 m,
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...
...weiter bestehen lassen könne, weil sie in...

SCHMIDT-STAUB'S
PRÄZISIONS-TASCHENUHREN
in Kälte u. Wärme reguliert, seit Jahren vielfach erprobt.
Auswahlsendungen nach auswärts bereitwillig.
G. SCHMIDT-STAUB, Karlsruhe, Kaiserstr. 154.

